

01.05.2012 - Die Ideologie der Ungleichwertigkeit

Zehn Jahre «Deutsche Zustände»

von *Christian Linde*

Zehn Jahre lang hat das Team um den Soziologen Wilhelm Heitmeyer vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld zur «gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit» geforscht. In dieser Zeit hat sich die Bundesrepublik verändert.

Seit der ersten Veröffentlichung ist «Hartz IV» eingeführt worden, die Bankenkrise hat ihren Anfang genommen, der Party-Patriotismus im Zuge der Fussballweltmeisterschaft griff um sich und zuletzt beherrschten die Sarrazin-Thesen die Schlagzeilen. Der allzu häufig nur kurzfristigen Aufmerksamkeit der Medien setzte Heitmeyer eine Langzeitumfrage entgegen.

«Seismographisch dokumentieren sie die Ängste der Menschen, ihre Einstellung gegenüber schwachen Gruppen und der Demokratie. Zuletzt konnten sie zeigen, dass Teile des Bürgertums die Solidarität mit ?denen da unten? aufkündigen und einen ?eisigen Jargon der Verachtung? pflegen. In der zehnten und letzten Folge ziehen sie nun eine wissenschaftliche und persönliche Bilanz», kündigte der Suhrkamp-Verlag an.

Zuerst die gute Nachricht: Antisemitismus, Homophobie und Sexismus haben abgenommen. Die schlechte Nachricht: Rassismus, die Abwertung von Obdachlosen nimmt wieder zu, und die Ressentiments gegenüber Arbeitslosen sind ungebrochen. «Vorurteile gegenüber diesen unterschiedlichen Adressatengruppen teilen einen gemeinsamen Kern, der sich als eine Ideologie der Ungleichwertigkeit identifizieren lässt», lautet eine zentrale Aussage der Untersuchung.

Eine Bilanz nach zehn Jahren sei nicht einfach. Eine Bilanz über zehn Jahre dennoch nicht einfach. «Da sind Signalereignisse zu nennen wie der 11. September 2001 mit seinen Folgen für die Islamfeindlichkeit, dann die Einführung von Hartz IV mit den Auswirkungen auf die Desintegrationsängste in verschiedenen Sozialgruppen, und da sind die verschiedenen Krisen seit 2008, also Finanz-, Wirtschafts-, Fiskal- und jetzt Schuldenkrise mit ihren jeweiligen Auswirkungen.»

Die Wissenschaftler stellen eine «rohe Bürgerlichkeit» fest, «die sich bei der Beurteilung

sozialer Gruppen an den Maßstäben der kapitalistischen Nützlichkeit, der Verwertbarkeit und Effizienz orientiert und somit die Gleichwertigkeit von Menschen sowie ihre psychische wie physische Integrität antastbar macht und dabei zugleich einen Klassenkampf von oben inszeniert», so Wilhelm Heitmeyer.

Nach unten treten

Die Langzeitstudie hat seit 2002 die Ausmaße, Entwicklungen und Ursachen von Vorurteilen gegenüber unterschiedlichen Personengruppen untersucht. Es geht um die Abwertung von Menschen aufgrund von ethnischen, kulturellen oder religiösen Merkmalen, aufgrund der sexuellen Orientierung, des Geschlechts, einer körperlichen Einschränkung oder aus sozialen Gründen.

«Wir gehen davon aus, dass Vorurteile gegenüber unterschiedlichen Gruppen ein Syndrom der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bilden, in dessen Zentrum eine Ideologie der Ungleichwertigkeit steht. Dies konnten wir empirisch nachweisen», resümieren die Wissenschaftler.

Das Projekt ist das weltweit größte seiner Art, sowohl wegen der langen Laufzeit als auch aufgrund der differenzierten Herangehensweise. In der nunmehr zehnten und abschließenden Folge des Reports Deutsche Zustände wurden einerseits Zeitverläufe unter Berücksichtigung politischer Einstellungen und sozialer Lagen untersucht. Andererseits wurden aktuelle Problemlagen und Mechanismen betrachtet, die mit Abwertung und Diskriminierung von schwachen Gruppen im Zusammenhang stehen.

Einige Ergebnisse im Einzelnen: «In der ökonomischen Sphäre scheint weiterhin eine Mentalität bei Besserverdienenden vorzuherrschen, die von der grundgesetzlichen Maxime, laut der Eigentum verpflichtet, wenig wissen will und der sozialen Spaltung Vorschub leistet», stellt der Bericht fest. «Zivilisierte, tolerante, differenzierte Einstellungen in höheren Einkommensgruppen scheinen sich in unzivilisierte, intolerante ? verrohte ? Einstellungen zu wandeln.»

In der sozialen Sphäre hätten «die Ökonomisierung des Sozialen und die Statusunsicherheit» mit den verschiedenen Desintegrationsängsten und -erfahrungen «eine Kernrelevanz für die steigenden Abwertungen der als «Nutzlose» und «Ineffiziente» deklarierten Gruppen». Dazu gehörten insbesondere Langzeiterwerbslose.

In der religiösen Sphäre sei das friedliche und vom Ideal der Gleichwertigkeit geprägte Zusammenleben der Menschen unterschiedlichen Glaubens immer noch latent gefährdet. So wollen immer weniger Menschen in Gebieten wohnen, wo viele Moslems leben. Auch die verschiedenen Varianten des Antisemitismus gäben Grund zur Sorge.

In der Sphäre der Lebensstile bleibe auch die Abwertung von Homosexuellen oder Obdachlosen aktuell. «Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken», fanden 2011 29,3% der Befragten, 5% mehr als ein Jahr zuvor. Mehr als die Hälfte (52,7%) meinte: «Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.» 35,4% stimmten der Aussage zu: «Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden», und befürworteten damit den Ausschluss obdachloser Menschen aus dem öffentlichen Raum.

Zwar könne man konstatieren, dass bislang keine Kumulation der Effekte der unterschiedlichen gesellschaftlichen Krisen eingetreten sei, sondern dass diese zeitlich gestaffelt spürbar würden. Dies sei allerdings kein Grund zur Beruhigung, denn Lösungen für die anstehenden gesellschaftlichen Probleme seien nicht in Sicht. Zudem hätten sich die krisenhaften Entwicklungen seit 2008 zeitlich massiv verdichtet, wobei die Schuldenkrise alles andere überrage. Fazit: Wer sich bedroht fühlt, agiert menschenfeindlicher, sagt Studienleiter Heitmeyer. «Die Nervosität scheint über alle sozialen Gruppen hinweg zu steigen. Wir erleben, wie sich ein neuer Standard etabliert: eine explosive Situation als Dauerzustand.»

Deutsche Zustände: Folge 10, (Hg. Wilhelm Heitmeyer). Berlin: Suhrkamp, 2011, 336 S., 15 Euro